

Zukunftsfähiges Deutschland

Zeitfenster 2022: Null-Emissionshäuser als Standard?

Im Jahr 2022 sind Nullemissionshäuser der Standard für Neubau und Bestand, so lautete eine wichtige Vision des „Zukunftsfähigen Deutschlands“ (S. 222). Damit verbunden wurde eine immense Reduktion von Heizkosten und CO₂-Emissionen erwartet. Das ist so nicht eingetreten. Die aktuellen Krisen führen jedoch zu einem beobachtbaren Wandel bei Entscheidungsträger*innen und Verbraucher*innen, der auf ein verspätetes Eintreten dieser Vision hoffen lässt.



Was bisher geschah...

Die Autor*innen gingen 2008 davon aus, dass die Gesetzgebung in Deutschland im Jahr 2022 zum einen nur noch den Bau von Nullemissionshäusern zulässt, die ihren Restenergiebedarf vollständig regenerativ decken können (z. B. durch Solar, Umgebungswärme oder Biomasse). Zum anderen erwarteten sie, dass die energetische Sanierung durch substanzielle Förderung, strenge Modernisierungsanforderungen in Kombination mit einem verpflichtenden bedarfsorientierten Gebäudepass und eine Stabilisierung der Auftragskapazitäten in der Baubranche zu einer substanziellen Reduktion von CO₂-Emissionen im Gebäudesektor sowie eine Kosteneinsparung von über 60 Milliarden Euro Heizkosten für Endverbraucher*innen geführt haben.

Wo stehen wir heute – und warum?

2020 wurde das gesetzlich vorgeschriebene Klimaschutzziel für den Gebäudesektor nicht erreicht ([Klimaschutzbericht 2021](#)). Hierfür lassen sich verschiedene Gründe anführen: Zwar sinkt Endenergieverbrauch je Quadratmeter seit 1990. Dem wirkt aber eine steigende Pro-Kopf-Wohnfläche so weit entgegen, dass der Endenergieverbrauch der privaten Haushalte 2020 sogar geringfügig höher als 1990 war. Und gerade im Gebäudebestand stockt die Wärmewende. 2020 wurde die Gesetzgebung zur Energieeffizienz im Gebäudesektor im Gebäudeenergiegesetz GEG zusammengefasst. Aber auch heute ist das Nullemissionshaus noch nicht – wie 2008 gefordert – Standard. Trotz eines jahrelang etablierten Förder-

regimes, kommt die energetische Sanierung im Bestand nicht im notwendigen Maße voran ([Wuppertal Institut 2020](#)).

Dies hat eine Vielzahl von Gründen, die in Teilen bereits von den Autor*innen in 2008 identifiziert und vorhergesehen wurden: Das staatliche Anreizsystem für die energetische Sanierung des Gebäudebestands wird zwar nachgefragt, ist allein aber nicht in der Lage die Zahl der Sanierungen ausreichend zu erhöhen. Fachkräftemangel und Auslastung in der Baubranche mit Lieferengpässen und stark steigenden Preisen mindern die Vorteile der Förderung. Auch eine wirklich erfolgreiche Lösung für das Nutzer*innen-Investor*innen-Dilemma ist noch nicht gefunden.

Tendenzen für die kommenden Jahre

Die aktuellen Krisen führen jedoch zu einem beobachtbaren Wandel bei Politik und Verbraucher*innen in Bezug auf ihren Energieverbrauch: Durch die massiv gestiegenen Energiepreise – insbesondere für Gas und Öl – bei gleichzeitig gestörten Logistik- und Produktionsketten gibt es Mitte 2022 lange Wartelisten bei Handwerksbetrieben, die den Einbau von regenerativen Heizsystemen anbieten. Und die Bundesregierung plant zunehmend ambitionierte Vorschriften: Schon 2024 soll jede neu eingebaute Heizung verpflichtend zu 65 Prozent mit erneuerbaren Energien betrieben werden. Bereits in diesem Jahr will die Bundesregierung die gesetzlichen energetischen Mindeststandards für Neubauten und sanierte Gebäude prüfen. Es bleibt somit Hoffnung, dass die Erwartungen der Autor*innen aus dem Jahr 2008 bald doch noch in stärkerem Maße erfüllt werden.